10 / 11

DIE ALTERNATIVE

- WENN NICHT WIR, WER SONST?! -

Herausgegeben von

UG Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB

Oktober/November 2018
Einzelheft: 2,50 Euro
Abonnement: 17 Euro
P.b.b., Verlagspostamt 1040
02Z031242 M, Kd.-Nr: 0 021 012 558

AUTORINNEN DIESER AUSGABE

Veronika Litschel

Markus Koza

Cornelia Stahl

Klaudia Paiha

Beate
Neunteufel - Zechner

Manfred Walter

Tanja Pilz

Josef Hoppichler

Reinhart Sellner

Bernhard Seitz

TERMINE

Festival für Dokumentarfilm und Diskurs

31.10 – 1.11.2018
Forum Stadtpark | Graz

Das Crossroads Festival lädt zur Auseinandersetzung mit entscheidenden Entwicklungen der Gegenwart ein. Neben aktuellen Herausforderungen macht die Auswahl spannender neuer Dokumentarfilme Menschen, Initiativen und Bewegungen sichtbar, die sich für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und sozialen Errungenschaften einsetzen und ein gutes Leben für alle ermöglichen wollen. Mit beeindruckenden Bildern werden inspirierende Geschichten erzählt, die Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und Mut machen.
Die meisten bei Crossroads zu sehenden Filme feiern im Rahmen des Festivals ihre Österreichpremieren. Viele wurden mit verschiedensten Preisen ausgezeichnet. Gespräche im Anschluss an die Vorführungen ermöglichen es, persönlich mit Filmemacher*innen und Protagonist*innen ins Gespräch zu kommen und die von den Filmen behandelten Themen zu diskutieren. Zusätzliche Vorträge, Debatten und Workshops vervollständigen das Programm. Eintritt frei! Freiwillige Unkostenbeiträge sehr willkommen!

Die **AUGE Stmk** ist Kooperationspartnerin von Crossroads 2018!
http://crossroads-festival.org

CROSS ROADS

Zenith Productions für Theater und Musik

„Stammbuch 1938 -
Nachrichten aus der Barbarei“
erinnert an die Vertreibung, Enteignung und Vernichtung der Juden während des Nationalsozialismus.

Stammbuch 1938 wird gezeigt, am:

6. / 7.11. sowie **13. / 14.11.2018** –
im Volkskundemuseum, 8. Bezirk
8.11. - im 9.Bezirk,
9.11. - im 2.Bezirk und
12.11.-im 5. Bezirk.

Eintritt: Freie Spende

Ab 4. 10. ist wieder Donnerstag!

Zu Tausenden trafen wir uns am 4. Oktober, um den Platz einzunehmen, von dem aus diese Regierung ihre menschenverachtende Politik dirigiert. Es ist wieder Donnerstag, also: Bringt euch ein, mit Musik, mit Graphics, mit Rätseln, mit Blamings gegen die Rechten.

Jeden Donnerstag, Uhrzeit und Ort siehe ***www.wiederdonnerstag.at*** und in den UG Newslettern.

AUGE/UG-Wien Landesversammlung

Fr, 18. Jänner 2019
14:00 – 19:00 Uhr

14:00 – 15:30 Uhr „**Mei Demokratie is ned deppat**“ AK-Wahl 2019 – Voraussetzungen, politische Rahmenbedingungen und Antworten der AUGE/UG

16:00 – 19:00 Uhr Landesversammlung der AUGE/UG Wien mit Rechenschaftsbericht und Wahlen der Gremien

Wichtige Informationen zur AUGE/UG Landesversammlung!

Anmeldung bis 07. Jänner 2019 an
auge@ug-oegb.at

Frist für Anträge 04. Jänner 2019

Nähere Infos zur AUGE/UG-Wien Landesversammlung sind auf auge.or.at zu finden.

INDEX

GEWERKSCHAFT UND BETRIEB

S. 4 **KOLUMNE** Danke Christian!

S. 5 Sozialversicherungen

S. 6–8 Bedarfsorientierte Mindestsicherung

S. 9–11 ÖGB-Konferenz

S. 12–13 Auf ein Neues

S. 14–15 Einladungen zu den Landesversammlung der AUGE/UG

COMIC

S. 16/17 *MUCH*

S. 18 Wahlen bei der Post und Telekom

S. 19–21 Get online, ladies

MAGAZIN

S. 22 16 Tage gegen Gewalt an Frauen

S. 23 Der Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser feiert das 30-jährige Jubiläum:

S. 24–27 Wir streiken und stoppen die Welt!

S. 28–29 WBV GÖD

S. 30 **Rezension** Weibliche Auflehnung gegen Hierarchien und Ungerechtigkeit

S. 31 **Rezension** Stalin hat uns das Herz gebrochen.

S. 32 Hochgarage statt Grünraum?

Editorial
von Renate Vodnek

Es ist wieder Donnerstag...

... und das ist gut so.
Die Politik von schwarz-blau wird immer unerträglicher. Zum Beispiel die Zusammenlegung der Sozialversicherungen, die natürlich nur rein zufällig zu einer Machtverschiebung zugunsten schwarz- und der Arbeitgeberseite führen. Und durch die beschlossenen Budgetkürzungen zu weniger Leistungen und/oder höheren Beiträgen führen (werden) müssen. Wie das eine mit dem anderen zusammenhängt und warum das eine „kalte Enteignung" der versicherten ArbeitnehmerInnen darstellt zeigt Klaudia Paiha. Gleichzeitig werden Maßnahmen wie der 12-Stunden-Tag zu einer Mehrbelastung vieler ArbeitnehmerInnen führen, und damit zu einer Zunahme psychischer und physischer Erkrankungen, Burn Out, etc. In manchen Betrieben wurde bereits angekündigt durch die möglich gewordenen 12-Stunden-Schichten Arbeitskräfte „einzusparen" und zu kündigen.
Und weitere Maßnahmen wie die Abschaffung der Notstandshilfe und Hartz4 auf österreichisch stehen vor der Tür.
Deshalb ist es gut, dass wieder Donnerstag ist – die erste Donnerstagsdemo 2018 brachte 20.000 Menschen auf den Ballhausplatz. Und hat gezeigt: Wir lassen uns den Demokratieabbau und den Sozialabbau nicht gefallen! Und uns nicht gegeneinander ausspielen.
Wir sehen uns bei den nächsten Protesten!

IMPRESSUM

Medieninhaber, Verleger Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG)
Herausgeberin Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB)
Redaktion Renate Vodnek, **Layout** Stefanie Hintersteiner

Alle 1040, Belvederegasse 10/1, **Telefon** (01) 505 19 52-0, **Fax** (01) 505 19 52-22,
E-Mail für Abonnement auge@ug-oegb.at, **Redaktion** alternative@ug-oegb.at,
Internet www.ug-oegb.at, **Bankverbindung** (14 000) Kto.Nr. 00 110 228 775,
BIC BAWAATWW, **IBAN** AT30 1400 0001 1022 8775.

Dass namentlich gezeichnete Beiträge nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers oder der Herausgeberin entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler.

DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702

creative commons

in diesem Magazin werden folgende Schriften verwendet
Share / Linux Libertine / Linux Biolinum / Sansus

KOLUMNE Veronika Litschel

DANKE CHRISTIAN!

So nun ist er also zurückgetreten, der Manager. Mit einer denkbar schlechten Performance, mit einer seltsamen Begründung, an einem denkbar schlechten Tag. Einige Tage vorher dementiert er noch alle Gerüchte und kündigt an, SPÖ-Chef zu bleiben. Dann kommt es raus, die Nachfolge ist nicht geregelt, es entsteht der Eindruck, dass niemand diese Partei übernehmen will. Die Frage nach dem Gehalt seiner Aussage ein paar Tage davor bleibt offen. Wir können wählen zwischen einem Spontanentschluss des Rücktritts oder einer offensichtlichen Falschinformation bei der vorherigen Dementierung.

Zwei Begründungen stehen im Raum, beide von Christian Kern am gleichen Tag abgegeben. Die eine: Er sei halt doch mehr ein Macher und Manager als ein Oppositionspolitiker. Die andere: Er werde Spitzenkandidat der SP für die Europawahl, entweder in Österreich oder für die europäische Sozialdemokratie. Die Widersprüchlichkeit ist offensichtlich, die Begründungen sind dünn. Aber das alles ist ja inzwischen in der österreichischen Politik Business as usual, nicht mehr weiter verwunderlich. Das eigentlich ärgerliche ist der Zeitpunkt.

Am Morgen des Rücktritts bis zum Mittagsjournal auf Ö1 waren die Nachrichten voll von der Kampfansage der Gewerkschaften, von dem Vorhaben gemeinsam, über alle Teilgewerkschaften hinweg die Herbstlohnrunde zu führen, Dinge einzufordern, gegen den Abbau von ArbeitnehmerInnen-Rechten und die Verschlechterung der Arbeitsbedingen, den Zwölf-Stunden-Tag, das Zurückdrängen der Betriebsräte und vieles mehr vorzugehen. Die Ankündigung war wohl überlegt und gut geplant. Die Gewerkschaft hat damit ein ordentliches Lebenszeichen gesetzt. Bis es am Nachmittag abgeschossen wurde, weil der SPÖ-Chef zurücktritt.

Christian Kern war der Chef eines der größten österreichischen Unternehmen. Er hat sich gerne als Topmanager dargestellt, seine Qualitäten als Führungsperson hervorgekehrt. In der ÖBB ist die Gewerkschaft stark verankert, hat eine gute Basis. Das ist nicht der Verdienst von Kern, aber er hat gut mit den Gewerkschaften zusammen gearbeitet, diese nicht in Frage gestellt.
Warum er sich ausgerechnet diesen Tag für seinen Rücktritt ausgesucht hat, ist nicht nachvollziehbar. Wollte er auch als Opposition nichts mit den Auseinandersetzungen der Gewerkschaften zu tun haben? Ja, er war wohl zu einem gewissen Grad fremdbestimmt, der Zeitpunkt. Aber das bedeutet ja im Endeffekt nur, dass der Wunsch nach Veränderung ohnehin schon laut innerhalb der SPÖ getrommelt wurde.

Das Ergebnis: Die Kampagne des ÖGB wurde erstmal abgeschossen. Ein ehemaliger Manager eines Großbetriebs ist als potenieller Unterstützung im Kampf der Gewerkschaften verloren gegangen. Und das völlig unnötig. Es wird schwer sein, in den nächsten Wochen durchzukommen. Es ist nicht anzunehmen, dass sich der Rest der Führungsriege so glaubhaft hinter die Gewerkschaften stellen kann, wie Christian Kern das tun hätte können, wenn er nur gewollt hätte.
Das Fazit: Eine große Chance zum Aufbau einer Gegenmacht ist verloren gegangen, die österreichische Sozialdemokratie am Boden, wie ihre deutsche Schwester. Bleibt zu hoffen, dass sie sich bis zu den nächsten Wahlen wieder selbst finden. Der neuen Parteichefin ist von ganzem Herzen viel Glück und ein langer Atem zu wünschen.

Schade, schön wäre es gewesen, hier gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Aber vielleicht ist das ja auch nur Wunschdenken und es ist wichtig, dass er zurückgetreten ist, weil er die Ankündigung einer Sonderkollektivvertragsrunde nicht mitgetragen hat. Wir werden es nicht erfahren.

SOZIALVERSICHERUNGEN

ÖVP-Machtergreifung auf Kosten der Versicherten und der Gesundheit!

Jetzt haben wir es wenigstens schwarz auf weiß: ArbeitgeberInnen sind dieser Regierung sieben mal so viel wert wie ArbeitnehmerInnen. ÖVP und ArbeitgeberInnen übernehmen die Sozialversicherung und hebeln die Selbstverwaltung aus. Die Sozialversicherungen werden nicht sinnvoll nach Sparten organisiert, sondern nach den politischen Machtüberlegungen der Türkis-Schwarzen. Draufzahlen werden die ArbeitnehmerInnen, die in der künftigen ÖGK – der Österreichischen Gebietskrankenkassa – versichert sind.

Unter ÖVP-dominierten Sozialversicherungen drohen Leistungskürzungen und Privatisierungen

Wie immer auch ÖVP und FPÖ diese ‚Reform' verkaufen wollen: Mit Gesundheitspolitik hat das wenig zu tun, vielmehr droht das genau Gegenteil. Wenn die Sozialversicherungen künftig von ÖVP und ArbeitgeberInnen dominiert sind, sind Leistungskürzungen und Privatisierungen sicher: Wohin die Reise in den Sozialversicherungen geht, legen dann die UnternehmerInnen fest. Und die sind vor allem an niedrigeren Lohnnebenkosten interessiert – sprich niedrigeren Sozialversicherungsbeiträgen. Zusätzlich ist Gesundheit für private Versicherer ein lukratives Geschäft. Damit sind Leistungskürzungen und Privatisierungen vorprogrammiert.

Sozialversicherungen gehören Versicherten – nicht der ÖVP!

Die ÖVP-FPÖ Reformen stellen zusätzlich eine „kalte Enteignung" der versicherten ArbeitnehmerInnen dar: Mit der Entmachtung der ArbeitnehmerInnen in der Selbstverwaltung wird die Mitbestimmung der Versicherten de facto abgeschafft. Nicht mehr die Versicherten selbst bestimmen, was mit ihren Beiträgen passiert, sondern Ministerium und UnternehmerInnen. Die geplante Reform der Sozialversicherungen ist ein weiterer Baustein einer autoritären Entwicklung in Österreich, die insbesondere auch die Schwächung der ArbeitnehmerInnen, ihrer Gewerkschaften und ihrer Institutionen zum Ziel hat. Die Sozialversicherungen gehören den Versicherten, sonst niemandem. Den Machtgelüsten von ÖVP und ArbeitgeberInnen muss Einhalt geboten werden!

Klaudia Paiha ist Bundessprecherin der AUGE/UG

BEDARFSORIENTIERTE MINDESTSICHERUNG: *WENIGER ALS 1% DER SOZIALLEISTUNGEN*

Die Zahlen zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Jahr 2017 wurden von der Statistik Austria veröffentlicht:

„Mit der Mindestsicherung wird auf die Bekämpfung und Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie die dauerhafte Wiedereingliederung in das Erwerbsleben abgezielt. Sie ist das letzte soziale Netz Österreichs, das Mindeste" (Barbara Gross, Präsidentin der Volkshilfe Österreich)[1].

Die Zahlen[3,4] der Statistik Austria zeigen: Die Panikmache der österreichischen Regierung und vieler Medien soll von anderen Problemen ablenken, die Gesellschaft spalten und/oder die Gruppe der Mindestsicherungsbezieher_innen gezielt diffamieren.

Sozialministerin Hartinger-Klein hält eine Reform der Bedarfsorientierten Mindestsicherung für notwendig, da auf diese nicht ausschließlich österreichische Staatsbürger_innen Anspruch haben: „Dieses Geld sollte den österreichischen Bürgern, die in eine Notlage geraten sind, zur Verfügung stehen", so Ministerin Hartinger-Klein in einer Presseaussendung[2]. Damit benennt sie die rund 31% Asyl- oder subsidiär Schutzberechtigten, die 2017 Mindestsicherung bezogen, als Problem, welches das österreichische Budget belastet. Obwohl Ministerin Hartinger-Klein diese nicht explizit nennt, sind damit auch alle EU/EWR-Bürger_innen und Drittstaatsangehörigen mitgemeint. 2017 betrugen die Gesamtausgaben für die Mindestsicherung 977 Millionen Euro[2]. Die Ausgaben für Sozialleistungen in Österreich insgesamt betrugen im letzten Jahr 106,3 Milliarden Euro[5].

Wir meinen: Alle Bezieher_innen von Mindestsicherung in Österreich sind rechtmäßig in Österreich und haben somit Rechte und Pflichten, die ihnen garantiert werden müssen, und welchen sie ebenso nachkommen müssen. Der Anspruch auf Mindestsicherung wird geprüft, so müssen Bezieher_innen beispielsweise bereit zur Arbeitsaufnahme sein. Wir haben kein Verständnis dafür, dass hier gezielt gegen Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft gewettert wird. Darüber hinaus zeigen die Zahlen der Statistik Austria ein diverseres Bild von Mindestsicherungsbezieher_innen, als es von Ministerin Hartinger-Klein gezeichnet wird. Soziale Gerechtigkeit kennt keine Staatsgrenzen! Und um noch mal zur Stellvertreterproblematik zurückzukommen: Wir reden von weniger als 1% der Sozialleistungen in Österreich insgesamt! Es handelt sich um keine Kostenexplosion!

Mit der Reform der Mindestsicherung wird die Verschärfung von Armut in Österreich bewusst in Kauf genommen. Langfristig gedacht, handelt es sich hier um keine Einsparungsmaßnahme, sondern um eine Gefährdung der sozialen Stabilität in Österreich und um ein bewusstes Ausspielen von österreichischen Staatsbürger_innen und Staatsbürger_innen anderer Länder aufgrund von diskriminierenden Zugangsvoraussetzungen und vorurteilsbelasteten Unterstellungen. Die Initiative Ehe ohne Grenzen solidarisiert sich mit armutsbetroffenen Familien. In einem Sozialstaat wie Österreich dürfen Kürzungen nicht auf Kosten von mittellosen Menschen getätigt werden. Hier wird bei den finanziell Schwächsten gekürzt. Die Reform der Mindestsicherung trifft binationale Familien erst nach erfolgreicher dauerhafter Niederlassung in Österreich, da Sozialleistungsbezüge dem geforderten Mindesteinkommen nicht angerechnet werden können. Doch es bedeutet, dass nach dem belastenden und teuren Hürdenlauf um eine Familienzusammenführung betroffene binationale Familien ggf. erneut vor Herausforderungen stehen, wenn ein Pflichtschulabschluss gefordert wird, aufgrund der Senkung der Kinderzuschläge oder des Familienbonus welcher sich nur an Gutverdiener_innen richtet – von einer fremdenfeindlichen türkis-blauen Bundesregierung, die sich vor kultureller Vielfalt zu fürchten scheint[7].

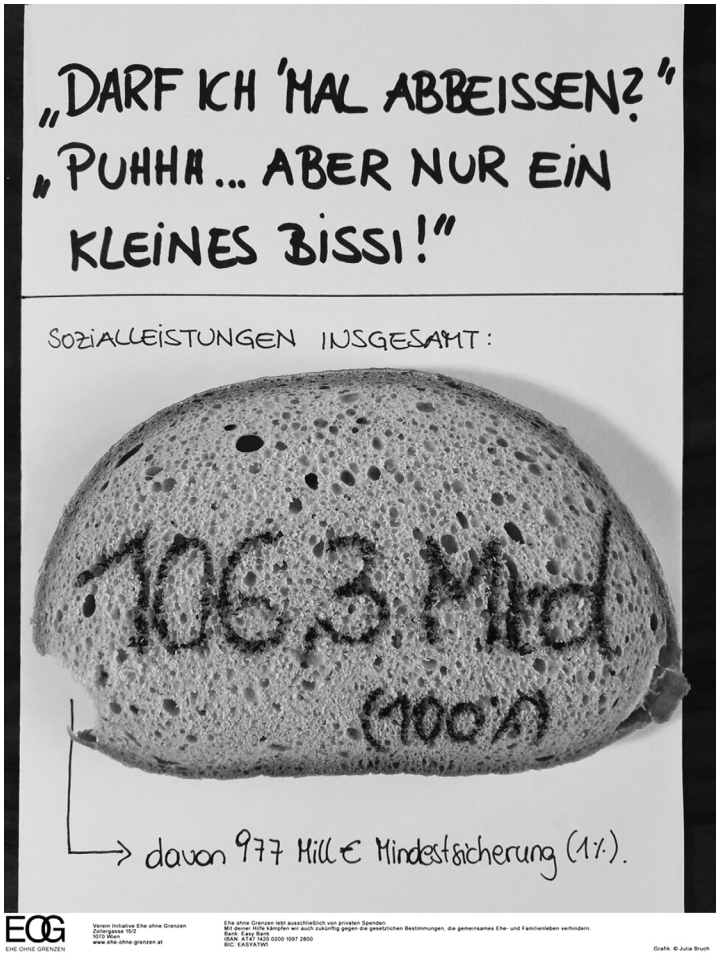


Foto Julia Bruch

Und nun zu den Zahlen (Statistik Austria):

Der Anteil der Bedarfsorientierten Mindestsicherung an den Sozialleistungen in Österreich insgesamt ist weniger als 1%.
Jede/jeder 3. Bezieher_in ist ein Kind (81 334 Kinder, das sind rund 35% aller Bezieher_innen). Über 70% der Bezieher_innen (215 026 Menschen) nutzen die Bedarfsorientierte Mindestsicherung zur Aufstockung, d.h. es handelt sich um einen Teilbezug (Richtsatzergänzungen). Bezieher_innen von Arbeitslosenleistungen sind mit 43% die größte Gruppe. 16% stockten damit ihr Einkommen durch eine Erwerbstätigkeit auf.
Durchschnittlich handelte es sich um eine monatliche Leistungshöhe von € 606,- pro Bedarfsgemeinschaft. Insgesamt erhielten 239 481 Menschen in Österreich im Jahr 2017 Bedarfsorientierte Mindestsicherung.

Um ein besseres Bild von diesen Zahlen zu erhalten, reden wir kurz über die Ausgaben für Sozialleistungen in Österreich allgemein (Statistik Austria):

„Der Großteil der Ausgaben für Sozialleistungen in Österreich entfällt auf die Funktion Alter. Nach vorläufigen Ergebnissen wurden im Jahr 2017 für Altersleistungen 46,9 Mrd. Euro ausgegeben, d.s. 44% der Sozialleistungsausgaben insgesamt (...). An zweiter Stelle mit einem Anteil von 26% (...) lagen die Ausgaben für Leistungen im Rahmen der Funktion Krankheit bzw. Gesundheitsversorgung in der Höhe von 27,7 Mrd. Euro. Es wurden somit 70% der Sozialaufwendungen für Alters- und Gesundheitsleistungen ausgegeben. Deutlich geringere Ausgabenanteile entfielen auf die anderen Funktionen (Lebenslagen bzw. Sozialrisiken): 9% für Familien/Kinder, jeweils 6% für Invalidität/Gebrechen, für Hinterbliebene und Arbeitslosigkeit sowie 3% für Wohnen und soziale Ausgrenzung"[5].

Wer hat Anspruch auf Bedarfsorientierte Mindestsicherung?

„Nur Personen, die hilfsbedürftig sind, einen legalen und dauerhaften Aufenthalt in Österreich haben, die bereit sind zum Einsatz der eigenen Arbeitskraft und ein Vermögen von weniger als 4.315,20 Euro haben, sind anspruchsberechtigt. Die Mindestsicherung bewahrt vor dem Abdriften in Obdachlosigkeit und absolute Armut." „Das bedeutet, dass nicht nur Ersparnisse aufgebraucht werden, sondern die BezieherInnen auch bereit zur Arbeitsaufnahme sein müssen. Niemandem, der oder die arbeitsfähig ist, steht es also frei, sich auszusuchen, ob er oder sie arbeiten will. Die BezieherInnen der Mindestsicherung befinden sich in einer finanziellen Notlage, sie können ihre existenziellen Grundbedürfnisse nur unzureichend decken. Hier muss und soll der Sozialstaat aktiv werden, damit gesellschaftliche Teilhabe in Österreich weiterhin möglich ist. Dieses Mindestmaß für ein würdevolles Leben dürfe nicht gekürzt werden, appellieren Gross und Fenninger an die Bundesregierung abschließend: „Das muss uns sozialer Zusammenhalt einfach wert sein"[1].

Über die Lebensbedingungen von Bezieher_innen von Bedarfsorientierter Mindestsicherung:

„Sehr hohe Raten zeigen sich bei gesundheitlichen Einschränkungen, chronischer Krankheit und Behinderung. Doppelt so viele in Mindestsicherung sind chronisch krank, viermal so hoch die Zahl der Behinderten, dreimal so hoch Menschen mit Pflegegeldbezug. Starke negative Effekte werden bei der Wohnsituation sichtbar. Viele können ihre Wohnung im Winter nicht heizen, müssen unter desolaten Wohnbedingungen leben (doppelt so oft von feuchter Wohnung betroffen, fünfmal öfter Überbelag, dreimal öfter dunkle Räume). Massiv sind die Auswirkungen auf Gesundheit, Chancen und Teilhabe bei Kindern. Die Gefahr des sozialen Ausschlusses bei Kinder zeigt sich in den geringeren Möglichkeiten Freunde einzuladen (10mal weniger als andere Kinder), Feste zu feiern und an kostenpflichtigen Schulaktivitäten teilzunehmen (20mal weniger)“ (Studie und Zahlen der Statistik Austria)[6].

In diesem Sinne, natürlich darfst du mal abbeißen!

Euer EOG-Team.

Julia Bruch ist Vorstandsmitglied und Vereinskoordinatorin der Initiative Ehe ohne Grenzen, Jugendtrainerin, Kultur- und Sozialanthropologin und Bastlerin.

Ehe ohne Grenzen
Zollergasse 15/2
1070 Wien
www.ehe-ohne-grenzen.at

Die Initiative EHE OHNE GRENZEN (EOG) ist eine praxisorientierte Informations- und Beratungseinrichtung für binationale Familien und Lebensgemeinschaften sowie an fremdenrechtlichen Themen Interessierte und Entscheidungsträger_innen. EHE OHNE GRENZEN lebt ausschließlich von privaten Spenden. Zum Leidwesen vieler Familien sind die Forderungen der Initiative noch nicht obsolet.

Quellen

1 Volkshilfe Österreich
2 OTS Presseaussendung Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz
3 Statistik Austria
4 Statistik Austria
5 Statistik Austria
6 OTS Presseaussendung Armutskonferenz
7 SOS Mitmensch

Detailierte Quellenangaben finden sich auf der Homepage http://www.ehe-ohne-grenzen.at in der Rubrik ***Aktuelles*** oder auf Anfrage an office@ehe-ohne-grenzen.at

EOG
EHE OHNE GRENZEN

1. ÖGB-KONFERENZ

Für neue Kollektivverträge

Am 18. September kamen erstmals 900 Kollektivvertrags-VerhandlerInnen aus allen Gewerkschaften zusammen. Aufgrund der neuen Gesetze zum 12-Stunden-Tag und der 60-Stunden-Woche einigten sie sich auf eine gemeinsame Linie für die kommenden Kollektivvertrags-Verhandlungen.

Gewerkschaftsvorsitzende und BetriebsrätInnen berichteten über negative Auswirkungen des seit 1. September geltenden Arbeitszeit-/ArbeitnehmerInnen-Belastungsgesetzes, das ohne Einbindung von Gewerkschaft und AK von ÖVP, FPÖ + NEOS im Eilverfahren beschlossen worden ist. Es gab keine Begutachtung für das Gesetz, das massive Auswirkungen auf Gesundheit, Freizeit und Einkommen von 3,6 Millionen ArbeitnehmerInnen hat.

Nach dem Beschluss der KV-Forderungen zu Arbeitszeit und ArbeitnehmerInnenschutz war noch nicht Schluss. Der ÖGB startet eine Initiative für ein modernes Arbeitszeitrecht, die Korinna Schumann (ÖGB) und Renate Anderl (AK) gemeinsam mit der ÖGB-Jugendvorsitzenden Susanne Hofer vorstellten.

Dazu sollen Beiträge aus der Zivilgesellschaft gesammelt werden, ExpertInnen auf unterschiedlichen Ebenen einbezogen und letztendlich Gespräche mit allen politischen Parteien geführt werden. Denn es braucht gute Arbeit und ein gutes Leben für alle ArbeitnehmerInnen.

Wer von den anwesenden JournalistInnen nach der Analyse des Ist-Zustandes, nach den dem in Zusammenarbeit der Gewerkschaften erarbeiteten und nun beschlossenen KV-Forderungskatalog verbale Kraftakte und Streikansagen erwartet hatte, wird vom Schlusswort des ÖGB-Vorsitzenden Katzian beinahe enttäuscht gewesen sein. Der konnte auf das Androhen von Streiks verzichten, denn dazu war alles vorbereitet:
Der ÖGB-Vorstand hatte bereits Mitte September einen Vorratsbeschluss gefasst: Wenn es der Verlauf von KV-Verhandlungen notwendig macht, kann jede der Einzelgewerkschaften ohne Verzögerung zum Streik aufrufen. Von heute auf morgen. Ohne Einberufung oder Beschluss der des ÖGB-Vorstandes.

Reinhart Sellner ist Vertreter der UGÖD im GÖD-Vorstand

Kollektivvertrags-verhandlerInnen-konferenz

Wien, 18. September 2018. Irgendwann am Vormittag, irgendwo im nirgendwo in Transdanubien. Für einen Menschen aus der Provinz gar nicht so leicht zu finden, diese Metastadt. Glücklicherweise haben sich dann doch ein paar Menschen auf den Weg gemacht, um der ersten österreichischen KollektiverhandlerInnenkonferenz beizuwohnen, Menschen, die auf den ersten Blick als GewerkschafterInnen zu identifizieren waren. Klingt jetzt vielleicht ein wenig klischeehaft, aber diese höchst engagierten Menschen haben schon irgendwie eine ganz eigene Aura.

So habe ich die Location dieses Events ohne Umwege gefunden. Hat schon was, GewerkschafterInnen in einer alten Fabrik zusammenzutrommeln. Und viele sind den Trommeln gefolgt. Sehr viele sogar. Die Anmeldeschlange bei den einzelnen Teilgewerkschaften reichte teilweise bis weit vor das Gebäude hinaus. Nur halt bei der GÖD nicht, was aber daran liegt, dass im öffentlichen Dienst noch relativ wenige Kollektivverträge verhandelt werden, eben nur in den ausgegliederten Betrieben wie etwa den Museen und

den Universitäten.
Der Saal war dann gesteckt voll mit entschlossenen, kampfbereiten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Es müssten sogar noch Stühle hervorgezaubert werden, weil der Andrang noch größer als erwartet war. Den Inhalt der Reden und die beschlossenen Forderungen kann man Reinharts Bericht entnehmen, die muss ich jetzt an dieser Stelle nicht wiederholen.

Zwei Dinge jedoch, die ich persönlich an dieser Veranstaltung als sehr wichtig empfunden habe.
Zum Einen – Aussenwirkung! Es waren immens viele MedienvertreterInnen anwesend, die teilweise in Form eines Livetickers berichtet haben. Durch die Größe der Versammlung, durch die gezeigte Ge- und Entschlossenheit konnte der ArbeitgeberInnenseite sehr schön gezeigt werden, dass sie es bei den Verhandlungen mit einer breiten Front zu tun haben und ein Auseinanderdividieren keinen Sinn macht. Einziger Wermutstropfen war dann am frühen Nachmittag, dass ein anderes innenpolitsches Ereignis die Headlines beherrschte.

Zum Anderen – die Stärkung nach Innen. Viele BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen haben ja immer wieder das Gefühl, EinzelkämpferInnen zu sein. Das ist oft eine logische Konsequenz aus der täglichen Arbeit im Betrieb, das kenne ich auch nur zu gut. Solche Grossveranstaltungen sind sehr gut dazu geeignet der/dem Einzelnen zu signalisieren: „Du bist nicht allein!“ – und um es mit den Worten von Farin Urlaub (Die Ärzte) zu vervollständigen – „wir sind Legionen und wir werden noch mehr sein!“ Fazit: sowohl inhaltlich als auch medial als auch emotional eine höchst erfolgreiche Veranstaltung!

MEHR DAVON!

Manfred Walter ist Co Vorsitzender der UGÖD und Betriebsrat für das allgemeine Universitätspersonal der JKU

Einschätzung der UG zu den Arbeitszeit-forderungen

1.
Der ÖGB hat sich entschieden eine Sonderkollektivvertragsrunde zum Thema Arbeitszeit zu starten. Auch in Kollektivverträgen, die nicht im Herbst verhandelt werden, soll es eine Verhandlungsinitiative geben. Allerdings nicht gebündelt, sondern in jedem Kollektivvertrag einzeln. Damit besteht natürlich die Gefahr, dass in weniger durchsetzungsstarken Branchen die Verhandlungen schwierig werden und ergebnislos bleiben.

Wäre als Strategie eine Generalkollektivvertragsrunde gewählt worden, hätte der ÖGB für alle Branchen, die die Wirtschaftskammer als Anprechpartner haben, gemeinsam verhandelt. Damit wäre wechselseitige Solidarität zwischen ArbeitnehmerInnen der einzelnen Kollektivverträge entstanden und eine breitere Bewegung möglich gewesen. Aktionen wären dann als gemeinsame Kampftage wahrgenommen worden und hätten mehr Wirkung entfalten können. Auch die gesellschatliche Unterstützung Nicht-Betroffener wäre so leichter zu gewinnen gewesen, als für Aktivitäten im Rahmen einzelner Kollektivvertragsverhandlungen. Die Gewerkschaft hätte bei dieser Variante die Wirtschaftskammer aber erst an den Verhandlungstisch zwingen müssen, da grundsätzlich seitens der Arbeitgeber, wenig Gesprächsbereitschaft besteht. Dort liegt auch das Risiko für diese Strategie, da mangels Gesprächsbereitschaft der Arbeitgeber schon früh ein Scheitern möglich wäre. Bei der gewählten Vorgangsweise ist eine Verweigerung für die WKO weniger einfach, da man grundsätzlich in den einzelnen Kollektivvertragsrunden an einem funktionierendem Gesprächsklima interessiert ist. Dazu kommt, dass ca. die Hälfte der Kollektivverträge seitens der GPA-djp nicht mit der Wirtschaftskammer verhandelt werden und diese Branchen jedenfalls einzeln verhandeln müssen.

Unter Berücksichtigung aller Argumente vertreten wir seitens der AUGE/UG die Position, dass eine Generalkollektivvertragsrunde mit breiter gesellschaftlicher Mobilisierung und Solidarität die besser Vorgangsweise gewesen wäre. Es bleibt zu hoffen, dass es nicht die Eigenbrötelei mancher Einzelgewerkschaften war, die diese Strategie verhindert hat. Das wäre jedenfalls in den Gremien zu hinterfragen.

Klar ist für uns, dass wenn die Gespräche in den einzelnen Kollektivvertragsbereichen nicht vorankommen, eine Generalkollektivvertragsrunde erzwungen werden muss.

2.
Kritisch festzuhalten ist, dass eine „echte" Arbeitszeitverkürzung im Sinne einer Verkürzung der täglichen und/oder wöchentlichen Arbeitszeit nicht vorgesehen ist.

Einige der vorgeschlagenen Punkte wirken auf den ersten Blick durchaus vielversprechend wie z.B.

- die Forderungen nach bezahlten Pausen,
- echter Gleitzeit,
- Rechtsanspruch auf Bildungskarenz...

Ob es durch die vorgeschlagenen Maßnahmen aber effektiv zu kürzeren Arbeitszeiten kommt, hängt maßgeblich davon ab, wie die entsprechenden Forderungen ausformuliert und dann auch umgesetzt werden.

Die Problemlage anhand dreier Beispiele:

- **Bezahlte Pausen:** Richtig bezahlte Pausen können grundsätzlich die Arbeitszeit verkürzen. Bleiben die tägliche und wöchentliche Arbeitszeit aber gleich, haben bezahlte Pausen lediglich einen entgeltlichen Charakter, haben also den Charakter einer Lohnerhöhung aber nicht einer Arbeitszeitverkürzung.
- **Gleitzeit:** Eine KV-Regelung der Gleitzeit wäre sehr sinnvoll, allerdings eben nur dann – wie im Papier auch vorgesehen – keine bzw. beschränkte Kernzeiten bzw. Anwesenheitszeiten vorausgesetzt werden. Weil bei ausgedehnten Kernzeiten – wie in der Realität meist gegeben – gleiten schlichtweg nicht möglich ist.

3.
Bezüglich der inhaltlichen Positionierung dürfte der Schwerpunkt der Gewerkschaften auf der höheren finanziellen Abgeltung der zusätzlichen Überstunden liegen. Das ist zweischneidig:

- Grundsätzlich hat der ÖGB die familien- und gesundheitsfeindlichen Aspekte der Arbeitszeitausdehnung stark kritisiert. Ein „sich teuer abgelten lassen" steht eigentlich im Widerspruch zu dieser Kritik.
- Natürlich macht ein 100%-Zuschlag die 11. und 12. Überstunde als „teuer" weniger attraktiv. Insofern kann das einen Lenkungseffekt haben, die 11. und 12. Überstunde seltener einzufordern.
- Eine Alternative wäre, in den Kollektivverträgen Firewalls einzubauen, die die Möglichkeit der Arbeitgeber, die 11. und 12. Überstunde anzuordnen einschränkt. Zu denken wäre an die Definition von Voraussetzung (alte Gesetzeslage) oder Volumensbegrenzungen.
- Das Problem dabei ist, dass sämtliche Begrenzungen nur am Papier bestehen, wenn sie nicht durch das Arbeitsinspektorat geprüft und bestraft werden können. Durch die neue Gesetzeslage markiert die Überschreitung der 12. Stunde, den Prüf- und Strafrahmen. Ein Überschreiten von kollektivvertraglichen Grenzen würde vom Arbeitsinspektorat nicht geprüft werden.

Inhaltlich ist es daher zielführend dort in Richtung Begrenzung zu gehen, wo auch die Durchsetzungsebene gegeben ist.
Eine Beschränkung der täglichen Gleitzeit auf 10 Stunden würde Betriebsvereinbarungen den Weg versperren den täglichen Rahmen auf die 11. und 12. Überstunde auszudehnen.
Passiert das trotzdem, wären für die 11. und 12. Stunde Zuschläge zu bezahlen, die durchsetzbar sind. Dort wo die Durchsetzungsebene fehlt, besteht die Gefahr am Ende viel Verhandlungsaufwand für wenig Konkretes verwendet zu haben.
Allerdings ist dabei zu beachten, dass in Branchen mit starker Betriebsratsdurchdringung auch Firewalls ohne rechtliche Sanktionierbarkeit halten, da die BetriebsrätInnen dort die Einhaltung überwachen würden.

Grundsätzlich ist aber unter der jetzigen Gesetzeslage die 11. und 12. Überstunden nicht komplett durch den KV bannbar, daher muss es trotzdem ein Ziel sein diese mit möglichst hohen Zuschlägen zu versehen.

Grundsätzlich kritisch festzuhalten ist, dass eine „echte" Arbeitszeitverkürzung im Sinne einer allgemeinen Verkürzung der täglichen und/oder wöchentlichen Arbeitszeit nicht vorgesehen ist.

KOLUMNE Veronika Litschel

AUF EIN NEUES

So, nun ist es die Pressefreiheit, viel offener geht der Angriff auf demokratische Grundwerte gar nicht. Natürlich können wir darüber diskutieren, inwieweit die freie Presse noch die sogenannte vierte Gewalt ist, in Anbetracht der Abhängigkeit von Inseraten und der Verknüpfung von Schaltung und Berichterstattung. Oder in Hinblick auf die Gratiszeitungen. Aber, sie könnte, wenn sie wollte und bestimmte Medien tun auch, manche sogar immer stärker.

Ich habe es noch im Ohr, die Einschätzung guter FreundInnen von mir. Die Affäre um das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) wird den Menschen zu viel sein, damit kommen sie nicht durch. Schön wäre es gewesen, aber statt darüber zu stolpern, setzen sie noch eines drauf. Innenminister Kickl will also die Pressefreiheit einschränken und erteilt diesen Befehl als oberster Dienstherr per Mail an die Polizei. Dass diese Aktion nicht an die Öffentlichkeit kommt, kann er nicht geglaubt haben. Also, ist es eine gezielte Eskalation.

Was bedeutet das aber jetzt? Das Mail ist ausgeschickt, der Wille kundgetan. Die Öffentlichkeit kann sich jetzt aufregen, wie die Dinge intern geregelt werden, bleibt noch offen. Für eine Karriere bei der Polizei macht es vielleicht Sinn, dem Wunsch des Innenministers nachzukommen. Ja, es ist ein Angriff auf die Grundfesten der Demokratie, die Kickl nicht bis ins Kleinste durchsetzen können wird. Aber es lenkt ab, von dem anderen Angriff auf die Demokratie, die BVT-Affäre. Seit fast zwei Jahrzehnten kennen wir diese Vorgehensweise. Es wird immer mit dem nächsten Schritt getoppt, sonst würde es ja nicht für Ablenkung sorgen.

Das führt zu immer absurderen und gefährlicheren Forderungen. Die Dosis wird immer stärker, trotzdem geht es durch. Herr Kapsch, der Präsident der Industriellenvereinigung, gibt einen Kommentar, in dem er seine Ablehnung gegenüber der Vorgehensweise von Kickl zwar deutlich zum Ausdruck bringt. Auf eine etwaige Aufforderung zum Rücktritt angesprochen, zieht er sich aus der Affäre, er sei kein Politiker. Was denn sonst?

So schlimm scheint es dann doch nicht zu sein, dass der unternehmens-freundliche Kurs der Regierung und die eigene Einflussnahme auf diese riskiert werden. Nur keinen Streit mit jenen, die wir gut steuern können und die unsere Interessen durchsetzen. So wichtig ist uns die Demokratie dann doch nicht.

Die Rhetorik vor der Wahl, in einer Regierung müsste endlich gearbeitet und nicht gestritten werden, zielte genau auf das ab, was jetzt passiert. Niemand hat das damals großartig in Frage gestellt. Niemand hat sich die Mühe gemacht zu überprüfen wie viele Gesetzesvorhaben, Budgets, Anpassungen, Adaptionen, Debatten, Begutachtungen etc. in einer Legislaturperiode umgesetzt wurden. Ja, der Reflex der Beschimpfung nervte. Die eingeschlagene Richtung war aber die falsche. Wenn in verschiedenen Kommentaren über etwaige Alternativen zu dieser Regierung und Neuwahlen geschrieben wird, kommt immer wieder das gleiche Bild. Die einzige Alternative ist eine Regierung zwischen ÖVP und SPÖ, ohne Sebastian Kurz. Und schon wird wieder ins gleiche Horn geblasen, das würde nicht gehen, weil sie sich gegenseitig blockieren würde, die beiden sind einfach zu unterschiedlich. Hält das einer kritischen Prüfung stand? Nein. Das Experiment einer rechtskonservativen Regierung ist gescheitert, die Demokratie nicht gefestigt genug, um nicht Schritt für Schritt zurückgefahren zu werden. So wie wir uns bis vor kurzem nicht vorstellen konnten, einmal froh über Frau Merkel als deutsche Bundeskanzlerin zu sein und hoffen, dass sie sich noch lange hält, dürfen wir jetzt nicht darauf reinfallen, dass es zu dieser Regierung keine Alternative gibt.

Vielleicht ist Kickl ja jetzt soweit gegangen, dass alle Zeitungen aufwachen. Vielleicht ist es auch ihnen endlich genug und sie beziehen Stellung. Zumindest in einigen kann eine leichte Veränderung aufgespürt werden, wenn auch manchmal nur mit der Lupe.

Doch der Wandel wird schwierig.

Die Opposition löst sich selbst auf, die SPÖ durch einen unnötigen Rücktritt zur Unzeit. Die einzige noch funktionierende Organisation der Grünen lähmt sich selbst durch einen monatelangen internen Kampf um die Spitzenkandidatur 2020. Derweil sehen wir zu, wie der Parlamentarismus, die demokratische Kontrolle und die Grundfeste der Menschenrechte einfach über den Haufen geworfen werden.

Die ganze FPÖ ist nicht tragbar, die Kurz-Regierungscrew hat ein gestörtes Verhältnis zur parlamentarischen Debatte. Wenn gesetzliche Änderungen nicht mehr durch den parlamentarischen Prozess und durch Begutachtungsverfahren gehen (Beispiel 12-Stundentag), die Debatte großteils übersprungen wird, ist das dem demokratischen Gesetzgebungsverfahren mehr als abträglich. Außer in einigen Kommentaren regt das aber niemanden auf.

Demokratie ist anstrengend und braucht Zeit, aber sie ermöglicht Interessensausgleich. Natürlich, diese Regierung ist demokratisch gewählt und vermutlich besitzt sie nach wie vor die Mehrheit in der Gesellschaft. Damit umzugehen ist auch ein Teil der Demokratie. Und genau hier beginnt die Ratlosigkeit.

Vielleicht finden viele diesen Abgesang, diesen fast schon Nachruf auf die Demokratie übertrieben, moralisierend und unnötig. Ist verständlich, wir haben Meinungsfreiheit, wir haben Wahlen, wir haben ein Parlament. Wir sind nicht in den dreißiger Jahren, wir haben einen Konjunkturaufschwung, sinkende Arbeitslosigkeit, ein völlig anderes Wohlstands- und Sicherungsniveau.

Es wäre nicht richtig eine einfache Parallele zu ziehen. Trotzdem ist darauf hinzuweisen, dass sich unser Land stark verändert. Der Angriff auf die soziale Sicherheit wird eine neue Form von Armut schaffen, wie wir sie in unseren Generationen in unserer unmittelbaren Umgebung nicht kennen. Die Unsicherheit wird den Kampf gegen vermeintliche Schuldige verstärken, Solidarität wird auf sich selbst und das unmittelbare familiäre Umfeld beschränkt. Erwerbsarbeit wird unsicherer, Unternehmensmacht immer weiter gestärkt. Wir werden keinen verelenden ProletarierInnen sein, aber unsere Rechte werden beschnitten und wir werden stärker vom guten Willen unserer ArbeitgeberInnen abhängig sein. Als ob guter Wille in unserem Wirtschaftssystem eine Kategorie wäre.

Was das alles mit dem neuen Ausritt von Kickl zu tun hat? Ganz einfach, eine Regierung, ein Regierungschef, sein Umfeld, die Institutionen, die ihn stützen und solche Aussagen dulden, nehmen diese Entwicklung billigend in Kauf, profitieren davon. Das Schema ist ja schon seit längerem klar: Die FPÖ prescht mit irgendetwas Grenzwertigem voraus. Die Empörung ist groß und alle sind froh, dass es dank Türkis doch nicht so schlimm gekommen ist. Diese Unterscheidung zwischen den beiden Regierungsparteien ist aber nicht zielführend und auch nicht richtig, weil sie einander benutzen und brauchen. Die gemeinsame Strategie ist leicht durchschaubar, an der Veränderung unseres Landes ändert das wenig.

Ab 4. Oktober ist wieder Donnerstag. Ja, das ist gut. Noch besser ist, wenn viele Donnerstage folgen, wir die Kraft und die Ausdauer haben weiter zu protestieren, aufmerksam zu bleiben und gemeinsam, gehen in Solidarität.

Veronika Litschel ist Sozialwissenschafterin aus Wien

www.facebook.com/karl.berger.1297

EINLADUNG ZUR LANDESVERSAMMLUNG DER AUGE/UG

-NIEDERÖSTERREICH

zur Wahl der KandidatInnen zur Niederösterreichischen AK-Wahl 2019

Montag, 5. November 2018, 18:00 Uhr

AUGE/UG Büro, Belvederegasse 10, 1040 Wien

Nähere Informationen auf ***www.auge.or.at/niederoesterreich***
beziehungsweise bei ***Elisabeth Kerschbaum***, (0664) 913 06 15.
Um Anmeldung wird gebeten.

Wir freuen uns auf Euer Kommen!

-WIEN

zur Wahl der KandidatInnen zur Wiener AK-Wahl 2019

Zeit: Samstag, 10. November 2018,
10:00 bis 18:00 Uhr – ab 9:30 steht Kaffee bereit

Anmeldung: 24. Oktober 2018: ***brigitte.bakic@ug-oegb.at***

Frist für Kandidatur inklusive KandidatInnenvorstellung: 24. Oktober 2018.
Vorlage für die schriftliche KandidatInnen-Vorstellung bei Brigitte Bakic anfordern.
Aktiv wahlberechtigt sind alle AK-Wien zugehörigen AUGE/UG und UG-Mitglieder (auch PensionistInnen und Erwerbsarbeitslose, die AK-zugehörig sind).

Für Fragen stehen wir unter (01) 505 19 52 oder auge@ug-oegb.at zur Verfügung

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Kommen!

AUGE UG
Alternative und Grüne GewerkschafterInnen
Unabhängige GewerkschafterInnen
Steiermark

UG PF

UG öD

ug vida

K·I·V UG

-STEIERMARK

Einladung zur Landeswahlversammlung der AUGE/UG Steiermark zur Wahl der KandidatInnen zur AK-Wahl 2019.

Montag, 22. Oktober 2018 um 17:00 Uhr

In der AK Steiermark im Raum 0001A
Hans-Resel-Gasse 8-14
8020 Graz

Anmeldung bis zum 19. Oktober 2018 per E-mail an ***auge.stmk@eyecatch.at***

Aktiv wahlberechtigt sind alle AK-Steiermark zugehörigen AUGE/UG und UG-Mitglieder (auch PensionistInnen und Erwerbsarbeitslose, die AK-zugehörig sind).

Weiterführende Informationen sind unter ***https://auge.or.at/steiermark/wahl2019/*** abrufbar.

A-8644 Kindberg, Wiener Str. 50,, Tel: 06643901858,
E-mail: auge.stmk@eyecatch.at
https://auge.or.at/steiermark

SCHWESTERN
BRÜDER ZUR SON
WER IST SIE UND WIE NENNEN WIR SIE?
PÄM
PAMMELA
PAMEELA
GENOSSIN DOKTOR RENDI WAGNER
PEMM
PÄHM?
IST SIE DIE
EINER MARO
DER
ETWA GAR DIE ZUCHT-MEISTERIN EINER VERLOTTERTEN PARTEI?
FESTER
WIRD SIE
TERESA

NE. ZUR FREIHEIT
HEILERIN
DEN PARTEI?
NÄCHSTE
BITE
ODER EINE FEURIGE
REVOLUZZERIN?
AUF DIE BARRIKADEN
IHR MÜDEN
SAG JA NICHT
SCHLAPPSCHWÄNZE
SPÖ
DIE MUTTER
DER SOZIS?
UND DER ALBTRAUM
DES SEBASTIAN K.?

WAHLEN BEI POST UND TELEKOM: *LEIDER, LEIDER …*

Die Personalvertretungs- und Gewerkschaftswahlen bei Post und Telekom sind geschlagen. Und sie endeten für die UG-Listen leider alles andere als erfreulich. Telekom und vor allem die Post waren immer schon und sind nach wie vor „schwere Pflaster" für die UG. Die Wahlen bei Post und Telekom sind vorbei. Die Ergebnisse für die UG sind ernüchternd. Ein Blick zurück, in die Zeit vor der Wahl: Die Telekom-Liste we4you/UG durfte sich durchaus Hoffnungen machen zu reüssieren. Sie kandidierte in der Region Ost (Wien, NÖ, Bgld) in allen Vertrauenspersonenausschüssen, zum Personalausschuss und auch zum Zentralausschuss und hatte ihre AktivistInnenbasis ausbauen können.

Ähnlich stellte sich die Situation in der Post dar, wo zum dritten Mal eine UG-Liste im Briefzentrum Liesing kandidierte.

Stimm- und Mandats-Verluste bei der Telekom

Die Ergebnisse der Wahl waren angesichts der Ausgangsbedingungen mehr als enttäuschend:

- Im **VPA Ost 1** (Telekom) fiel we4you/UG von 9,8 (2014) auf 4,4 Prozent und verlor ihr Mandat.
- Im **VPA Ost 3** fiel die UG-Liste von 6,75 auf 3,6 Prozent. Die Folge war auch hier der Verlust des Personalvertretungsmandats.
- Lediglich im **VPA Ost 2** konnte die UG ihr **Mandat halten** und verpasste das zweite trotz leichter Stimmverluste (von 9,8 auf 8,2 Prozent) nur knapp.

Insgesamt kam die Liste **we4you/UG in der Region Ost auf 5,54** Prozent und verpasste den Einzug in den Personalausschuss von Wien, Niederösterreich und Burgenland doch klar.

Ein wesentlicher Mitgrund für die Stimmenverluste war die Kandidatur der FSG-Abspaltung „A1 united", die in der Region Ost auf 14,9 Prozent Stimmanteil kam und auf Anhieb in der Personalausschuss einzog. In den VPA fuhr die neue Liste zwischen 12 und 18 Prozent der Stimmen ein – auf Kosten der FSG und der UG.

Einziges Post-Mandat verloren

Verloren gegangen ist auch das einzige Mandat in der Personalvertretung der Post im **Briefzentrum Liesing**. Das 2010 gewonnene – erste und bislang einzige! – UG-Mandat bei der Post ist damit Geschichte. UG-Kandidaturen waren und sind bei der Post von Seltenheitswert. Umso trauriger der Mandats-Verlust an einer der größten Dienststellen Österreichs.

Ein Lichtblick: UG hält Bundesvorstandsmandat in Postgewerkschaft

Einziger Lichtblick dieser Wahl: Das – zugegebenermaßen bescheidene – **Wahlergebnis von 2014 bei der Gewerkschaftswahl konnte gehalten** werden. Die UG erreichte wie schon 2010 1,6 Prozent der Stimmen und einen Sitz im Bundesvorstand der Postgewerkschaft. Leichte Zugewinne für die UG gab es bei der Telekom Landesgruppe Wien, NÖ, Burgenland (von knapp 3 auf 3,8 Prozent). Insgesamt setzte es leichte Verluste für FCG und GLB und Zugewinne für die FSG.

Die UG ist damit nach wie vor die einzige kleine Gewerkschaftsfraktion, die neben FSG und FCG im Bundesvorstand der Postgewerkschaft vertreten ist.

Wie weiter?

Dass die Enttäuschung bei den KollegInnen bei Post und Telekom groß ist, ist verständlich. Die UG-AktivistInnen vor Ort führten einen engagierten und intensiven Wahlkampf und setzten auf Themen statt Mistkübel und leere Schlagworte – von Arbeitszeitverkürzung über Chef-Wahlen bis hin zu Leiharbeit und Öffi-Tickets für MitarbeiterInnen.

Nun heißt's aufstehen, Krone richten, wieder zu Kräften kommen. Unterstützung und Zuspruch kommen dabei auch aus großen Teilen der Belegschaft, die mit diesem Ergebnis nicht gerechnet hätte und die UG-KandidatInnen vor Ort bitten, doch weiter zu machen.

Dank gehaltenem Mandat in der Telekom und in der Postgewerkschaft beginnt der Neustart für unsere FreundInnen in Post und Telekom nicht bei „Null". Es gibt Erfahrungen, es gibt ein Netzwerk und eine junge Gruppe, auf denen aufgebaut werden kann. **Die nächsten Wahlen kommen bestimmt. Und die UG wird wohl wieder dabei sein. In der Telekom. Und hoffentlich auch wieder bei der Post.**

Die UG-KollegInnen in den anderen Gewerkschaften werden sie dabei bestmöglich unterstützen.

Markus Koza ist Vorsitzender der UG

GET ONLINE, LADIES – *Willkommen in der digitalen Arbeitswelt für Frauen!*

Unabhängige Gewerkschafterinnen treffen sich seit diesem Sommer regelmäßig um Themen, die sie in der Arbeitswelt besonders betreffen, zu besprechen.

Ein großes Thema dabei ist die Digitalisierung. Seit vielen Jahren leisten sich österreichische Unternehmen den digitalen Ausbau ihrer Betriebe. Eine Einbindung der Mitarbeiter_innen in die Entscheidungen zu Digitalisierungsanschaffungen findet in der Regel nicht statt. Internationale Digitalisierungskonzerne machen Betriebsleitungen „interessante" Angebote – z. B. große Archive oder Adressbuchsammlungen können ihre bisher gesammelten Daten von Frauen in China oder auf den Philippinen in Digitalisierungsfabriken abschreiben und in digitale Daten verwandeln lassen. Die Entscheidungen für Investitionen in die Digitalisierung fallen immer in den Geschäftsführungen. Die Demokratisierung der Arbeitswelt lässt auf sich warten. Nur in den Umfragen von Wirtschaftsforschungsinstituten zu den neuesten Entwicklungen auf dem digitalen Arbeitsmarkt kommt die Frage nach der Einbindung von Mitarbeiter_innen bei der Auswahl von neuen Arbeitsmitteln vor.

Die Einbindung der Mitarbeiter_innen erfolgt in ganz anderer Art und Weise: Wir verfolgen seit Jahrzehnten, wie sich zum Beispiel Bankangestellte durch ihre Mitwirkung an der Optimierung von Arbeitsprozessen selbst wegrationalisieren. Ein bargeldloser Markt und das Angebot von ständig verfügbarem Bargeld, ohne dass ein Gegenüber zur Beratung aufgesucht werden muss, nahezu verschwenderisch zu nennende Kreditvergaben und Wetten auf Gewinne oder Verluste von realen Produkten auf den internationalen fiktiven Finanzmärkten haben zur Weltwirtschaftskrise vor 10 Jahren geführt. Digitale Anlagen wurden deshalb nicht abgeschaltet, aber viele Finanzleute haben seither einen neuen Arbeitsplatz gebraucht oder sich einen erfunden. Mir fällt dabei auf, dass überwiegend Männer aus Anlass des fragwürdigen Jubiläums in zahllosen Büchern ihren Weg aus der Krise beschreiben und sich unter neuen Voraussetzungen selbständig vermarkten. Aus meiner Nachbarschaft kenne ich in Banken angestellte Frauen, die so lange getestet wurden auf ihre Beschäftigungsfähigkeit, bis sie völlig demotiviert waren und vorzeitig in Pension gingen. Ihre Hauptkritikpunkte an den Banken als beschäftigende Betriebe waren, dass am Personal vorbei die Filialen umgebaut wurden zu Selfservicezonen. Diese Frauen wurden nach jeder Online-Testung in einen neuen Arbeitsablauf gestellt, in dem Kundenbetreuung kein eigenes Thema mehr war, sondern nur mehr ein winziger Teil eines Geschäftsvorganges.

Zusätzlich führte die Schließung von Filialen dazu, dass alle diese Frauen früher oder später in Werkshallen mit Zellenstruktur versetzt wurden, wo sie sich wie in einem Bienenstock auf ihre Detailarbeit konzentrieren sollten und das unter in Zahlen festgelegten Mengenvorgaben – ein über 20 Jahre ablaufender Dequalifizierungsprozess, der nicht öffentlich diskutiert wird. Am krassesten empfand ich die Schließung einer Bankfiliale direkt vis à vis einer Seniorenresidenz, in die bis zum letzten Tag alte Menschen kamen, die Hilfe brauchten beim Umrechnen ihrer Pensionen von Euro auf Schilling, weil sie keine Werte mehr verbinden konnten mit der neuen EU-Währung und Angst hatten, dass ihre Pension nicht reichen würde für die vielen langen Tage ihres Altseins. Diese Personen sind nicht mehr so mobil, dass sie sich auf den Weg machen würden zu einer neuen Bank, die persönliche Betreuung in Geldangelegenheiten anbietet – es stellt sich auch die Frage, welche das wäre. Sie sind auch zu müde, um sich zu beschweren und durch Information über ihre Geldsorgen die Öffentlichkeit zu Hilfe zu holen – es gibt zwar

viele hilfsbereite Menschen, aber „allein der Anstand“ verbietet es, die eigenen Geldsorgen einfach an irgendwen heranzutragen. So funktioniert Digitalisierung in vielen Fällen: Atomisierung von Arbeitsprozessen und Automatisierung, der fehleranfällige Faktor „Mensch“ wird ausgeschieden und darf sich als Einzelfall im Scheitern oder als Opfer an die Technik betrachten.

Arbeitnehmer_innen in leitenden Positionen in Betrieben, die auf Handwerk basieren, wurden in die Selbständigkeit gedrängt und mussten scheitern, weil sie nach Jahrzehnten als brave Befehlsempfänger_innen in top-down-strukturierten Unternehmen niemanden mehr finden konnten, der sie geführt und angeleitet hätte. Besonders dann, wenn dazu neue elektronische, teure Anlagen gebraucht wurden und das Know-how dafür auch nur teuer zu kaufen war oder überhaupt erst in der Entwicklung steckte. Enorme Investitionskosten und Selbstausbeutung bis hin zur schweren Erkrankung oder Arbeitslosigkeit und Umschulungen ohne Perspektiven auf geeignete Arbeitsplätze – das Risiko bleibt bei den Betroffenen. Die Herkunftsbetriebe vermarkten ihre vollautomatisierten Produktionsstraßen auf der Siegerstraße in die digitalisierte Arbeitswelt und suchen auf dem Arbeitsmarkt höchstens noch händeringend hochqualifiziertes Fachpersonal für die Anlagenwartung, weil ihnen die „digital service packages“ zu teuer werden.

Dass es im Handel und im Dienstleistungsbereich anders und menschenbezogener zugehe, liegt immer im Auge der Betrachtenden und im Willen von Entscheidungsträger_innen. Kund_innen werden in Supermärkten eingeladen, ihre Waren selber zu scannen an einer digitalen Kasse und ohne viel „Gschisti-Gschasti“ – sprich: persönliche Kontaktpflege, Begrüßen der/des Kassierers/in , Plaudern übers Wetter, aber eben auch ohne Möglichkeit sich über fehlende Produkte oder mangelhafte Ware zu beschweren, ohne Chance konsumkritisch nachzufragen oder Anregungen einzubringen – das sollen die Kund_innen doch bitte über die Homepage oder das firmeneigene und bestimmt familiengerechte „Facebookfirmentool“ machen, weil dort finden sie auch „viel Spaß“ und „Gewinnchancen rund um lustige Preise“ und jede Menge Werbung für neue Produkte. Was wir als Kund_innen alles verlieren werden, wenn wir nur mehr digital einkaufen können, oder wenn wir als Urlauber_innen im volldigitalisierten Hotel landen, wo wir niemanden mehr fragen können beim Frühstück aus dem Automaten, was jetzt gerade für eine Unternehmung erholungsmäßig lohnt auf der Ferieninsel, auf die uns eine Billigfluglinie geworfen hat, weil wir „online“ alles richtig gemacht haben. Wir werden hingeführt zum Online-Shopping rund um die Uhr, egal ob wir fortfliegen wollen oder Bücher kaufen – es geht nur mehr, wenn wir eine Karte hinhalten und sofort und im Voraus bezahlen, danach setzt sich die digitale Maschinerie wie ein Wunderwerk in Gang. Irgendwann erhalten wir eine Benachrichtigung, dass unser Packerl eingetroffen ist, wenn uns das bereits bezahlte Produkt nicht gefällt, dürfen wir es zurückschicken – 75% von so bestellten Waren werden auch zurückgeschickt – und wenn wir gute Anwaltskanzleien beschäftigen, dürfen wir auch damit rechnen, dass wir unser Geld irgendwann wieder zurück kriegen. Informieren ist wichtig: Wir studieren die Bedingungen für das Mitnehmen von Handgepäck oder Haustieren an langen Abenden bei unzähligen Flugunternehmen, um vor Ort feststellen zu müssen, dass sich diese Bedingungen „due to the growing market and competition“ blitzschnell wieder geändert haben und „sorry“ vermutlich niemand engagiert wurde, die Homepage und Bestellkanäle entsprechend „up to date“ zu halten – oder gleich mit Vorwurf: Warum haben Sie nicht die App installiert, 1 Monat kostenfrei und jederzeit wieder stornierbar? Konsumentenschutzrechte verflüchtigen sich auf diese Weise,

weil die meisten Menschen nicht mit großen Konzernen in Streit geraten wollen.

Wer sich um Kulturleben bemüht, wird feststellen, dass in immer mehr Museen und Ausstellungen keine Führungen mehr angeboten werden. Es gibt Audioguides, die – in vielen Sprachen einstellbar – und gar nicht billig, ab dem richtigen Drücken von Knöpfen erzählen, was zu sehen sein sollte.... Dahinter stecken Kulturvermittler_innen, die im akademischen Studium gelernt haben, wie Ausstellungsinhalte didaktisch richtig und exzellent an das Publikum weitergeleitet werden sollen. Diese Kulturvermittler_innen werden von Agenturen vermittelt und bereiten unsichtbar für ihre Kund_innen gute Texte vor, die von Dolmetscher_innen übersetzt werden und von Sprecher_innen professionell aufgenommen werden – ein arbeitsteiliges, modernes Digitalisierungsverfahren, das es uns erspart, dass wir uns in einem Foyer zu einer genügend großen Gruppe von Kulturinteressierten zusammenfinden, um auf eine/n Kulturvermittler/in zu warten, der oder die möglicherweise nicht alle Sprachen spricht, die gerade gebraucht werden oder lispelt oder nuschelt oder was uns sonst noch einfällt an menschlichen Kleinigkeiten, die uns leicht verärgern. Der Audioguide geht oder geht nicht, da gibt es kein Ärgern mehr und menschliche Begegnungen samt Beziehungsarbeit werden uns erspart. Wer mit Fragen überbleibt, kann sich einen Katalog kaufen oder irgendwohin einloggen.

In zahlreichen Studien wurde nachgewiesen, dass bisher Frauen in der Gesellschaft die notwendige Beziehungsarbeit gern und oft günstig leisteten, und dass sie diese zum überwiegenden Teil sogar unbezahlt leisteten und noch immer leisten. Irgendwie macht mir die fortschreitende Digitalisierung den Eindruck, dass sich das Männer nicht mehr bieten lassen wollen und daher wird jede menschliche Interaktion so weit wie möglich wegdigitalisiert – kann das wirklich so sein oder täusche ich mich, weil ich eine Frau bin? Was fällt uns dagegen ein, wenn es denn doch so sein sollte? Bewerten wir Beziehungsarbeit mit Geldwert und stellen wir als Frauen doch die Angehörigenpflege und Hausarbeit in Zukunft teuer in Rechnung, genau so wie findige Unternehmer schon seit Längerem meinen, dass „mann“ dem Wasser seinen Wert in Geldwert geben muss, wo es doch so ein kostbares Gut und nicht überall leicht verfügbar, dafür jedoch eine leicht zu erschließende Verdienst“quelle“ im eigentlichen Sinn darstellt.
Was uns besorgt macht, ist auch der öffentliche Dienst – Bürgerservice allerorten: digitale Parkraumüberwachung, digitale Bürger_innenbetreuung: Laden Sie sich unsere neueste „Gemeinde-, Senioren-, Wanderwege-App“ auf Ihr Handy und erkunden Sie den Ort XY selbständig! Die neue Selbständigkeit, die uns da zugemutet wird, beschäftigt uns oft dermaßen, dass wir gar nicht mehr merken, wie wir gegängelt werden. Hauptsache: ES funktioniert! Wir funktionieren und gehen immer weniger oft wählen, weil wir die zu wählenden Politiker_innen sowieso auf Facebook und Twitter täglich sehen können – reicht denn das wirklich schon, um sich als beteiligte_r Büger_in wahrzunehmen? In der Zwischenzeit digitalisieren sich nicht nur die Politiker_innen in virtuelle Welten der 24-Stunden-Verfügbarkeit, sondern auch ein immer unpersönlicher werdender Verwaltungsapparat. Wirtschaftstheoretiker im 18. Jahrhundert führten die „unsichtbare Hand“ ein in ihre Lehren, dort wo ihnen erstaunliche Phänomene auf dem Markt unterkamen, die sie nicht logisch erklären konnten – diese gescheiten Männer würden sich heute sehr wundern über unsere Überwachungssysteme, Analysemethoden und über die Wirtschafts“wissenschaften“, an die wir alle glauben sollten. Was mich hin und wieder ein wenig wundert, ist, dass Manager_innen noch immer nicht an dem Punkt angelangt sind, an dem sie sich selber wegsparen müssten, weil sie bereits genug in Digitalisierung investiert haben.

Beate Neunteufel-Zechner ist Vorsitzende der UGÖD

16 TAGE GEGEN GEWALT AN FRAUEN

Auch dieses Jahr gibt es die internationale Kampagne 16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen. Sie startet am 25. November, dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, und läuft bis zum Internationalen Tag für Menschenrechte.

Die Geschichte
Der 25. November erinnert als Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen an die Ermordung der Schwestern Mirabal. Patria, Minerva und Maria Teresa Mirabal wurden an diesem Tag im Jahr 1960 nach monatelanger Verfolgung und Folter vom dominikanischen Geheimdienst brutal ermordet. Sie waren im Untergrund tätig und hatten sich an Aktivitäten gegen den tyrannischen Diktator Trujillo beteiligt. Auf einem Treffen lateinamerikanischer und karibischer Feministinnen in Bogotá, Kolumbien im Jahr 1981 würdigten die Teilnehmerinnen diese Frauen und riefen ihr Todesdatum zum Gedenktag für die Opfer von Gewalt an Frauen und Mädchen aus. Seit 1999 ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen von den Vereinten Nationen anerkannt. Der 10. Dezember ist seit 1948 der Internationale Tag für Menschenrechte und bildet den Abschluss der Kampagne. Inzwischen liegt die internationale Beteiligung bei über 800 Organisationen und rund 90 verschiedenen Ländern.

Auf der ganzen Welt nützen Fraueninitiativen die Kampagne, um auf das Recht auf ein gewaltfreies Leben aufmerksam zu machen. Österreich nimmt seit 1992 daran teil. Podiumsdiskussionen, Filmvorführungen, Ausstellungen, Straßenaktionen, Ringvorlesungen ... – der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt, wenn es darum geht, für dieses globale Problem zu sensibilisieren und betroffenen Frauen Unterstützung und hilfreiche Informationen anzubieten.

Auch in diesem Jahr beteiligen sich viele Städte und Gemeinden, unter anderem mit der Ausflaggung der Amtsgebäude mit der Fahne „Frei leben ohne Gewalt“.

Veranstaltungskalender
Veranstaltungen im Rahmen der 16 Tage finden sich im Veranstaltungskalender des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser (AÖF):
https://www.aoef.at/index.php/component/jevents/month.calendar/2018/11/01/

Der Verein **AUTONOME ÖSTERREICHISCHE FRAUENHÄUSER** *(AÖF) feiert das 30-jährige Jubiläum:*

Am 15.1.1988 wurde der Verein als Zusammenschluss der Mitarbeiterinnen der autonomen Frauenhäuser in Österreich gegründet.
Ziel war und ist es, ein starkes Netzwerk für und mit den Frauenhäusern aufzubauen und gemeinsam Strategien gegen Gewalt an Frauen und Kindern zu entwickeln.

Auf diese Weise ist es gelungen, die Problematik der häuslichen Gewalt kontinuierlich öffentlich und sichtbar zu machen.

Auch an der stetigen Verbesserung der Gesetze haben wir wesentlich mitgewirkt, wie etwa an der Implementierung der Gewaltschutzgesetze, welche am 1.5.1997 in Kraft getreten sind und seither laufend reformiert wurden.

Der Verein AÖF steht auf drei Säulen:

die Informationsstelle gegen Gewalt, die Frauenhelpline ***0800 / 222 555*** und die Vernetzung von 15 autonomen Frauenhäusern in Österreich.
Die Aufgaben des Vereins sind sehr umfangreich, innovativ und vielseitig. Sie finden im laufenden Austausch mit KooperationspartnerInnen auf nationaler und internationaler Ebene statt und umfassen Service-, Netzwerk- und Beratungsarbeit sowie umfangreiche Informations-, Bewusstseinsbildungs-, Sensibilisierungs- und folglich Präventionsarbeit.

Der Verein ist seit 1993 auch Mitglied der *Plattform gegen Gewalt in der Familie* und beim europäischen Netzwerk *WAVE* (Women Against Violence Europe), das auch 20 Jahre lang im Verein *AÖF* angesiedelt war. Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit sowie das Erstellen von Publikationen und Informationsmaterialien gehören ebenfalls zu den Schwerpunkten des Vereins AÖF.
Darüber hinaus werden Fachtagungen und Fortbildungen für die Mitarbeiterinnen der autonomen Frauenhäuser sowie zahlreiche Veranstaltungen und (EU-)Projekte für verschiedene Zielgruppen organisiert. Die Mitarbeiterinnen sind Gewaltexpertinnen und bieten zahlreiche Workshops, maßgeschneiderte Seminare, Schulungen und Trainings für verschiedenste Berufsgruppen, Organisationen und Betriebe an.

Autonome Österreichische
FRAUENHÄUSER

Aktuelle Informationen über die Aktivitäten des Vereins AÖF finden Sie auf www.aoef.at

"WIR STREIKEN UND STOPPEN DIE WELT"

María de los Ángeles im Gespräch über den Internationalen Women Strike 2018

"Wir streiken und stoppen die Welt, um Gewalt und alle Formen der Ausbeutung abzuschaffen. Wir streiken gegen die Grausamkeit, die unser Körper als Beute der Eroberung erfährt. Wir streiken für die Verteidigung unseres Lebens und unserer Autonomie." Dieser Aufruf zum International Women Strike (IWS) am 8. März 2018 kommt über die Sozialen Netzwerke aus Argentinien. Der IWS 2018 bringt die Gewalt gegen Frauen auf die öffentliche und politische Agenda und fordert dabei Respekt für die Rechte von Frauen weltweit. María de los Ángeles ist eine feministische Aktivistin und Mitorganisatorin des IWS 2018. Sie erzählt Tania Pilz über die Geschichte und Ziele des IWS und welche Rolle die Aktivistinnen für betroffene Frauen haben.

Tania Pilz: Wie entstand die Idee eines Internationalen Women Strike?

María de los Ángeles: Unsere Vorbilder waren Frauen in Island, die 1975 zu einem landesweiten Frauenstreik aufriefen, um für die Anerkennung ihres Beitrags für die isländische Ökonomie und für eine gerechtere Bezahlung zu demonstrieren. 2016 streikten Frauen in Polen einen Tag lang. Der Streik richtete sich gegen die Gesetzesvorlage der Regierung, die die Abtreibung kriminalisierte - auch bei Fehlgeburten oder Abtreibungen als Folge von Vergewaltigungen. Die Demonstration wurde zuerst kleingeredet; doch die Frauen erzielten in derselben Woche einen Erfolg. Der Gesetzesentwurf wurde vom Parlament abgelehnt. Dieser Frauenstreik wurde in Polen als "Black Monday" bekannt.
Diese Aktionen haben wir uns zum Vorbild genommen. Wir, die Frauen aus Argentinien, gingen am 19. Oktober 2016 auf die Straßen. Wir organisierten uns als Reaktion auf sieben Femizide, die innerhalb einer Woche in Argentinien verübt wurden. Eines der Opfer war Lucia Pérez in Mar de Plata, eine 16-jährige Schülerin, die vor ihrer Schule entführt, später vergewaltigt und an den Folgen dieser Folter auch gestorben ist. Auf diese Ereignisse reagierte das Kollektiv Ni Una Menos (Keine Frau weniger! - Wir wollen sie alle am Leben), das mit uns auf die Straßen ging.
Unserer Bewegung schlossen sich später feministische Gruppen aus ganz Lateinamerika an. 2017 nahmen bereits Frauenrechtsorganisationen aus über 55 Ländern weltweit am IWS teil. Der IWS versteht sich als globale Bewegung. Es ist für uns sehr wichtig, vernetzt zu sein und zu verstehen, was sich für die Frauenrechte in der Welt tut.

Tania Pilz: Wie kann sich frau am Streik beteiligen?

María de los Ángeles: Wir sprechen meistens von einem wirtschaftlichen Streik. Wir fordern Frauen auf, für eine gewisse Zeit jegliche Art von wirtschaftlicher Tätigkeit - soweit dies möglich ist - zu unterbrechen. Natürlich verstehen wir, dass nicht jede Frau aufhören kann zu arbeiten. Es gibt auch die Möglichkeit, symbolisch zu streiken, das heißt, jede andere Art von Aktivität zu unterbrechen, organisatorische Aufgaben, Hausarbeit, Pflegearbeit u. a. - der Protest kann sich von Land

„Wir fordern Frauen auf, für eine gewisse Zeit jegliche Art von wirtschaftlicher Tätigkeit – *soweit dies möglich ist* – zu unterbrechen.

zu Land unterschiedlich gestalten. Zusätzlich können Frauen auch im Netz streiken.
Sie können beispielsweise IWS-relevante Inhalte posten und ihre Meinung dazu äußern. Dafür ist es auch wichtig, dass Frauen in den verschiedenen sozialen Medien aktiv und gut vernetzt sind.

Tania Pilz: Wenn wir uns das Thema Wirtschaft und Frauenrechte am Arbeitsplatz genauer anschauen: Wie sehen eure Interventionen diesbezüglich aus?

María de los Ángeles: Eines unserer wichtigsten Anliegen ist das wirtschaftliche Empowerment von Frauen. Diese Ermächtigung ist notwendig, damit Frauen ein eigenständiges Leben führen können und sich auch trauen, rechtliche Schritte einzufordern. In diesem Zusammenhang setzen wir uns auch mit zwei wichtigen Themen auseinander: Zum einen mit der Reintegration von Frauen am Arbeitsplatz, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Denn häufig ist es so, dass Frauen, die diesen gewaltsamen Strukturen ausgesetzt sind, nicht ihren beruflichen Verpflichtungen nachgehen können und dadurch ihren Arbeitsplatz verlieren. Andererseits erlaubt es ihre Arbeitssituation nicht, vor Gericht zu gehen und zu klagen. Zum anderen setzen wir uns für die Anerkennung der Arbeit von Frauen im Bereich Pflege von älteren Familienmitgliedern ein.

Tania Pilz: Und im informellen Bereich?

María de los Ángeles: Wir, Mitglieder verschiedener Frauenkollektive oder feministischer Organisationen in Lateinamerika, bilden die Basis für die Rechte der Frauen im formellen und informellen Arbeitsbereich. Wir organisieren Versammlungen sowohl in den ländlichen Gebieten, aber auch in Großstädten. Durch kleinere Schritte kommen wir zu großen Erfolgen, vor allem im legislativen Bereich. Ein Hauptteil unserer Arbeit

besteht darin, Öffentlichkeit zu schaffen, das heißt Frauen und ihre Anliegen auf die öffentliche Agenda zu bringen. Wir schaffen Platz für die Thematik der Frauenrechte in ländlichen Gebieten und im informellen Arbeitsbereich oder am Arbeitsplatz allgemein. Leider findet die Thematik noch viel zu wenig Beachtung. Wir leisten nur die Basisarbeit dafür. Hierfür ist die Arbeit von feministischen Ökonom_innen besonders wichtig. Sie werden zur Stimme der Wirtschaft aus feministischer Perspektive und bringen die ökonomische Ungleichheit zwischen den Geschlechtern an die Öffentlichkeit. Frauen arbeiten generell mehr - sowohl im öffentlichen Bereich als auch in Bezug auf Hausarbeit und Care-Arbeit. Wobei die beiden letzteren unbezahlt und neben bezahlter Arbeit zu erledigen sind. Diese geschlechtsspezifische ungleiche Verteilung von Hausarbeit ist ein strukturelles Hindernis für die wirtschaftliche Stärkung von Frauen. Dies betrifft auch Frauen im informellen Bereich. Gleichzeitig verhindert dies auch den Zugang zu Bildung für Frauen. Frauen sehen sich gezwungen, die Hausarbeit zu übernehmen, und verzichten dadurch auf Weiterbildung. Hier brauchen wir dringend Verbesserungen.

Tania Pilz: Was sind eure wichtigsten Anliegen und Ziele für den IWS 2018?

María de los Ángeles: Wir bereiten uns zurzeit auf den zweiten IWS vor und organisieren die Aktivitäten für den 8. März 2018. Dies geschieht alles über soziale Netzwerke und in verschiedenen Sprachen, denn das IWS ist nicht nur international, sondern auch multilingual. Unser gemeinsames Ziel ist der Kampf gegen jede Art von genderbasierter Gewalt. Wir meinen nicht nur sexuelle oder häusliche Gewalt. Dazu zählen wir auch die Selbstbestimmung über unseren eigenen Körper, die freie Entscheidung und sichere Möglichkeiten für Abtreibung und auch ökonomische Gewalt und mediale Gewalt. Wir sprechen für die Antimilitarisierung

des Staates und fordern einen Staat frei von jedem religiösen Zwang. Ein besonderes Anliegen, das uns alle betrifft, ist heuer auch der weltweite Aufstieg von Rechtsextremen in der Politik, der auch für Frauen Konsequenzen mit sich bringt.

María de los Ángeles Roberto ist Lehrerin für spanische Literatur, Altgriechisch und Latein in Argentinien. Sie hat einen Master in Bibelwissenschaften und eine Diplomausbildung für die Prävention von Gewalt gegen Frauen. Sie ist Mitglied der Evangelischen Methodistischen Kirche, der Organisation des Internationalen Frauenstreiks und des Presseteams der Mütter von Menschenhandelsopfern.

Tania Pilz wurde in Nicaragua geboren. Sie lebt und schreibt in Wien. Neben Kommunikationswissenschaftlerin ist sie auch freie Radiomacherin und Fotografin.

Zuerst erschienen in frauen*solidarität - Nr. 143, 1/18

Mehr Information zum Internationalen Frauenstreik auf:
www.parodemujeres.com (ES/EN)

HÖRTIPP
Das Interview nachhören unter:
www.noso.at

WBV GÖD:
Gegen die Auflösung der Gemeinnützigkeit durch private Investoren-Interessen!

Die Wiener Landesregierung stellte Mitte September 2018 einstimmig fest, dass der Verkauf Sozialwohnungen illegal war. Die Grenzen des Wohnungs-Gemeinnützigkeitsgesetzes waren überstrapaziert worden. Der Riesen-Deal der verdeckten Privat-Investoren muss nun binnen Drei-Monats-Frist rückabgewickelt werden - bis zum Besitzstand 31. Dezember 2008. Für die MieterInnen und Mieter soll sich dabei nichts ändern.

Zur Vorgeschichte

Die „Unabhängigen GewerkschafterInnen in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst" (UGÖD) mussten im Sommer 2017 mit Bedauern feststellen, dass die Gemeinnützige Wohnbaugesellschaft GmbH „WBV-GÖD" trotz GÖD-Logo nicht mehr im Eigentum und unter dem Einfluss der GÖD steht. Laut Auskunft der GÖD befand sich die WBV-GÖD bis 2004 zu 100% im Eigentum der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD), doch in diesem Jahr sei sie gänzlich verkauft worden, nur ihr Name sei unter Wahrung der Interessen der GÖD weitergeführt worden. Diese Interessenwahrung habe dadurch stattgefunden, dass der damalige GÖD-Vorsitzende (FCG) und sein Stellvertreter (FSG) in den Aufsichtsrat der neuen Eigentümer berufen worden sind – dem sie auch heute noch angehören.

Von Seiten der UGÖD bestanden bereits damals in vielerlei Hinsicht, insbesondere aber nach umfangreichen Medienberichten zur WBV GÖD seit Juni 2017 und der Kommentierung ihres Verkaufs an Firmen im Einflussbereich des „Heumarkt-Investors" DDr. Michael Tojner, große Zweifel an der Rechtmäßigkeit aller bisherigen Transaktionen in der Eigentümerschaft. Zudem ergeben sich komplexe Fragen zur Nutzung des Namens und des GÖD-Logos durch die WBV GÖD.

Name ungesetzlich

Aus umfangreichen Recherchen der UGÖD geht eindeutig hervor, dass insbesondere seit 2009 die Eigentumsübertragungen nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG) nicht durchgeführt hätten werden dürfen und dass die notwendige Aufsichtspflicht der Wohnbaubehörde extrem vernachlässigt wurde. Auch zeigen viele der im Firmenbuch nachvollziehbaren rechtlichen Handlungen der Organe der WBV GÖD bzw. ihrer Muttergesellschaft, dass diese mit dem Gemeinnützigkeits-Interesse der GÖD nicht im Einklang stehen – denn beispielsweise darf „eine Bauvereinigung nicht unter dem überwiegenden Einfluss einer Privatstiftung stehen", und genau das hat schon in der Vergangenheit stattgefunden.

Unsere Forderungen zeigten Auswirkung: die WBV-GÖD wurde umbenannt. Die ‚WBV-GÖD' heißt nun ‚Wohnbauvereinigung GFW Gemeinnützige GmbH'. Dennoch fordern wir weiterhin, dass im Sinne des Gemeinwohls auch die neu benannte „WBV-GFW" bzw. ‚Wohnbauvereinigung GFW Gemeinnützige GmbH' eine gemeinnützige Wohnbaugesellschaft bleiben und dass auch sämtliches Vermögen der „WBV-GFW" unter die Gemeinnützigkeit fallen muss.

Zur Eigentümerschaft der WBV-GÖD

Offiziell findet sich seit 2004 im Firmenbuch als Eigentümer der WBV-GÖD eine Art „Muttergesellschaft", die unter dem Namen „Gesellschaft zur Förderung des Wohnbaus GmbH" firmiert und die anfänglich von einem Dr. Gerhard Renner (2/3) und einer TARES-Vermögensverwaltung GmbH (1/3) als Gesellschafter kontrolliert wurde. Vieles deutet dabei auf verdeckte Treuhänderschaften hin. Nach dem Abtreten von Dr. Gerhard Renner sind 2009 für einen Tag zwei Privatstiftungen („Venus Privatstiftung", "Holder-Privat-Stiftung") im Firmenbuch eingetragen, denen ab diesem Zeitpunkt die wirtschaftliche Eigentümerschaft zugeordnet gewesen sein dürfte. In diesen beiden Privatstiftungen finden sich beispielsweise so illustre Stiftungsräte wie Dr. Franz Guggenberger, der gleichzeitig der Rechtsanwalt und Parade-Treuhänder vom „Heumarkt-Investor" DDr. Michael Tojner ist, oder auch ein Dr. Johannes

Hübner, der bis 2017 für die FPÖ im Nationalrat war. Dr. Franz Guggenberger wurde ab 2009 in den Aufsichtsrat der WBV GÖD berufen und wurde 2015 sogar Minderheitsteilhaber der Muttergesellschaft der WBV GÖD.

Gleichzeitig wurde im April 2015 auch ein Dr. Christian Hosp – er hat eine Schweizer Adresse – als 2. Geschäftsführer der „Muttergesellschaft" installiert. 2017 taucht im Firmenbuch eine „Keystone-Holding" wiederum für einen Tag als Gesellschafter auf, von der die Medien berichten, dass sie die Schweizer Firma des DDr. Michael Tojner sei. Danach wird die „Christian Hosp Beteiligungsgesellschaft GmbH" zu 99% Eigentümerin der Muttergesellschaft der WBV-GÖD.

Durch eine Sonderprüfung der Wohnbaubehörde MA50 der Stadt Wien ergab sich, dass diese neue Eigentümerschaft wegen der rechtlichen Vorgaben der Gemeinnützigkeit von „Bauvereinigungen" gar nicht zustande hätte kommen dürfen, denn das hätte alles der Stadt Wien bzw. der MA50 gemeldet und von dieser genehmigt werden müssen. Das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz sieht vor, dass Bauvereinigungen nicht im Einfluss von anderen Unternehmen des Baugewerbes stehen dürfen bzw. auch nicht im Einfluss von Privatstiftungen, die wiederum durch Personen aus dem Baugewerbe kontrolliert werden. All dies ist aber bei den DDr. Michael Tojner zugordneten Firmen bzw. bei den Firmen seiner Treuhänder der Fall. Alle Transaktionen seit 2009 (und eventuell sogar schon vorher) könnten illegal gewesen sein (lt. §§ 9-10a WGG), daher ist eine gerichtliche Prüfung sämtlicher Vorgänge notwendig. Und diese Prüfung muss bis zur ursprünglichen Eigentümerschaft durch die GÖD im Jahre 2003 zurückgehen, und die verdeckten Treuhänderschaften sind offen zu legen.

UGÖD fordert Transparenz

Die UGÖD fordert Transparenz, eine aktive Rolle der GÖD bei der Aufklärung der Transaktionen, ein Bekenntnis zur Durchsetzung der Erhaltung der Gemeinnützigkeit sowie das Angebot von umfassendem Rechtsschutz durch die GÖD für alle MieterInnen der WBV GÖD. Neuerdings ist es auch denkbar, sollte Eigentümerschaften und Transaktionen der letzten Jahre tatsächlich illegal gewesen sein, dass eine Abgeltung der Schäden an die GÖD durch widerrechtliche Aneignung des Namens der „GÖD" und des GÖD-Logos zu fordern ist.

Josef Hoppichler ist unabhängiger Gewerkschafter und Personalvertreter im Bereich Bundesministerium Nachhaltigkeit und Tourismus BMNT und Mitglied der erweiterten Bundesvertretung der UGÖD

Rezensionen Cornelia Stahl
Redakteurin „Literaturfenster Österreich“ bei Radio Orange

Frauenkollektiv RitClique,
„Zündende Funken, Wiener Feministinnen der 70er-Jahre“

WEIBLICHE AUFLEHNUNG *GEGEN HIERARCHIEN UND UNGERECHTIGKEIT*

366 Seiten, Löcker Verlag,
ISBN: 978-3-85409-905-5

Die Frauenbewegung Österreichs ging ab 1968 insbesondere von Studentinnen aus. Patriarchale und autoritäre Strukturen waren im öffentlichen wie privaten Leben allgegenwärtig. Von Armut und Wohnungsnot betroffen, kämpften Frauen für die Verbesserung der Arbeits-, Wohn- und Lebensverhältnisse und eroberten sukzessive (Frei)Räume, rebellierten gegen die „Götter in Weiß“, politische Instanzen, Beamte, Fahrscheinkontrolleure, Arbeitgeber und gegen die eigenen Eltern. Diskussionen verfolgten vor allem das Ziel einer gerechten, antikapitalistischen Gesellschaft. Weibliche Auflehnung war präsent, wo Hierarchien eine Einteilung in „Oben“ und „Unten“ vorsahen.

Traditionelles Denken überlagerte Bereiche wie Kunst und Medizin, insbesondere die Psychiatrie, wo Patienten/innen ärztlicher Willkür ausgesetzt waren. Ein Tabuthema war der Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in Kinderheimen. Die Kinderladenbewegung konnte ein Umdenken in der Erziehung- weg von Befehl und Gehorsam, erreichen. Durchgesetzt wurde 1986 ein Verbot der Prügelstrafe an Schulen. Auch im Privaten veränderten sich Strukturen. Ehefrauen, die bisher autoritätshörig waren, leisteten Widerstand, errangen ein neues Selbstbewusstsein. Das geltende Familienrecht (aus 1811) erschwerte ihnen den Ausbruch aus einer Gewaltbeziehung, da alle Rechte dem Mann zugeschrieben wurden. Neu gegründete Frauenhäuser waren Schutzort für Frauen.

Erzielte Erfolge von damals müssen derzeit in Österreich erneut eingefordert werden, wie das Frauenvolksbegehren zeigt. Das Frauenkollektiv RitClique (Ruth Aspöck, Eva Dité, Erna Dittelbach, Ülküm Fürst-Boyman, Käthe Kratz, Brigitte Lehmann, Mirl Ofner, Heldis Stepanik Kögl) hat Texte, Fotos und Pressematerial der AUF der 70er Jahre zusammengestellt. Ein wichtiges Dokument zur Geschichte der Wiener Feministinnen. Unbedingt lesen!

STALIN HAT UNS DAS HERZ GEBROCHEN.

Antisemitismus in der DDR und die Verfolgung jüdischer Kommunist*innen.

Münster: edition assemblage. 2017. 206 Seiten.
ISBN: 978-3-942885-33-1

Überwindung von Herrschaftsverhältnissen

Gegenüber einfachen Antworten und Erklärungen sollte man Zweifel und Misstrauen hegen. Den Zweifel pflegen ist die eine Seite, die Suche nach der Wahrheit bzw. den Hintergründen einer Behauptung die andere.
Leicht haben es sich die Verfasser des Buches: „Stalin hat uns das Herz gebrochen" jedenfalls nicht gemacht. Das Autoren/Autorinnenkollektiv der Naturfreundejugend Berlin hat in jahrelanger gründlicher Arbeit nach Ursachen des Antisemitismus in der ehemaligen DDR geforscht. Expliziert formulieren sie die Zielsetzung dieses Forschungsvorhabens: „Wir wollen Antisemitismus und andere Herrschaftsverhältnisse besser erkennen, um erfolgreicher an ihrer Überwindung arbeiten zu können. Der Blick auf historische Entstehungsgründe (...) ist für uns ein wichtiger Schritt." (S.12).
Weit zurück geht der Pfad: „Pogrome im zaristischen Russland hatten Anfang des 20.Jahrhunderts zu Auswanderungswellen nach Palästina und den USA geführt" (S.24). In den Folgejahren werden „Säuberungsaktionen" gegen jüdische Kommunisten unter Stalin fortgesetzt, der an seinem Alleinherrschaftsanspruch festhält. Vor dem Hintergrund der Biographien von Paul Merker, Rudolf Herrnstadt (Mitglied in der „Roten Kapelle", einer Widerstandsorganisation während der NS-Zeit- ein Dokumentarfilm zu deren Geschichte erschien 2017) und Salomea Genin wird die damalige Zeit rekonstruiert, Hintergründe aufgezeigt, um Zusammenhänge erkennbar zu machen.
Am Ende des Buches schlagen die Autoren eine Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart, fokussieren gegenwärtige Erinnerungs- und Gedenkpolitik in Deutschland. Als hilfreich erweist sich der Hinweis auf weiterführende Literatur. Geschichte wird neu geschrieben, wenn wir sie aus einem anderen Blickwinkel betrachten. Die Frage, warum die Ermordung von Juden/Jüdinnen im Rahmen von Stalinistischen Säuberungsaktionen bei gegenwärtigen (antifaschistischen) Gedenkveranstaltungen wenig Erwähnung findet oder gar gänzlich ausgeklammert wird, wäre zu diskutieren.
Hinweisen möchte ich auf den gleichnamige Dokumentarfilm: Stalin hat uns das Herz gebrochen (auf youtube). Ein ergreifendes Buch, das mitunter Lesepausen verträgt.

Bezugsquelle für alle Bücher:
Fachbuchhandlung des ÖGB Verlags, Rathausstraße 21, 1010 Wien

HOCHGARAGE STATT GRÜNRAUM?

Baupläne der PVA stoßen auf Unverständnis im Bezirk

Die PVA hat eine große Zentrale am Handelskai in Wien. Zwischen dem Gebäudekomplex und der Haussteinstrasse ist ein kleiner Grünraum, der in dem dichtbebauten Gebiet mit starker Verkehrsbelastung gut genutzt wird. Nun plant die PVA dort eine Hochgarage zu errichte, obwohl ohnehin eine Garage mit ca. 800 Stellplätzen in das Gebäude integriert ist.

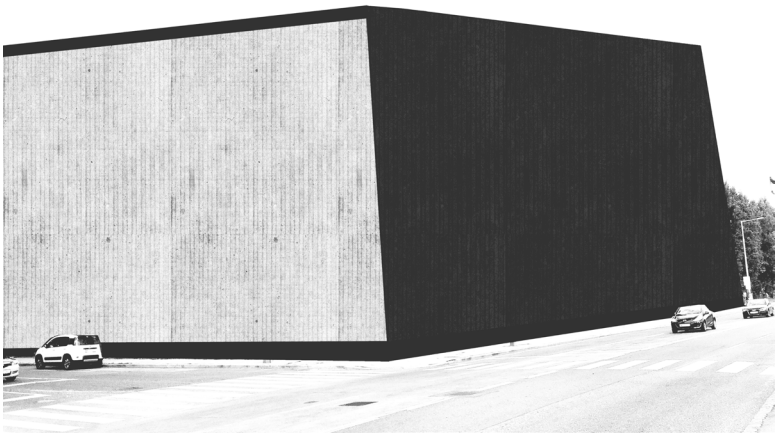
Die Bezirksvertretung des 2. Bezirks hat sich am 20.3.2018 einstimmig gegen dieses Bauprojekt und für die Erhaltung des Grünraums auf dem Gelände der PVA ausgesprochen. Es erschließt sich auch nicht ganz der Sinn dieses Bauprojekts. Die Anbindung an den öffentlichen Verkehr ist gut, eine neue Straßenbahnanbindung ist in Planung, mit einer direkten Haltestelle für die PVA und Verbindung zu U1 und U2. Bereits jetzt halten die Buslinien 11a und 11b direkt vor dem Gebäude.

Auch wenn rund 2.200 Mitarbeiter_innen in der PVA-Zentrale arbeiten, zeigen doch Projekte, wie die Bank Austria, dass es auch anders geht. Diese kommt bei rund 5.300 Beschäftigten am Standort mit 403 Stellplätzen aus.

Es ist eine alte Weisheit, dass mehr Stellplätze ähnlich wie breitere Straßen zu einer Erhöhung des Verkehrsaufkommens führen. In einer Gegend, die nicht nur dicht bebaut und durch ohnehin bereits hohes Verkehrsaufkommen gezeichnet ist, stellt ein solches Projekt in Form eines Betonblocks mit Auf- und Abfahrrampen nicht nur eine zusätzliche Belastung für die Bewohner_innen dar, sondern mindert die Qualität des Grätzels erheblich. Es stellt sich allerdings auch die Frage, in welchem Zusammenhang hier der Flächenwidmungsplan der Stadt Wien zu sehen ist. Die Stadt bemüht sich seit vielen Jahren um eine Attraktivierung der rechten Donauseite durch städtebauliche Maßnahmen und architektonische Projekte. Diese Vorhaben werden durch das Projekt Hochgarage konterkariert, vielmehr könnte das Grundstück für viele alternative und städtebaulich sinnvolle Ideen genutzt werden.

Obwohl es Gerüchte gibt, dass eine diskutierte Generalsanierung dieses Projekt eventuell hintanstellen könnte, so gibt es bereits eine vergebene Ausschreibung der PVA. Am 26.3.2018 gab es einen Vertragsabschluss für die Ausschreibung des Projekts Hochgarage, trotz besseren Wissens, dass sich der Bezirk bereits als Ganzes dagegen ausgesprochen hat. Es werden mehr als 4,7 Millionen Euro als Gesamtwert der Beschaffung (ohne MwSt.) angegeben. Hier ist es fraglich, ob im Sinne der Versicherten mit diesen Geldern sinnvoll umgegangen wird.

Vorher



Nachher

Bernhard Seitz ist Bezirksrat der Grünen und Vorsitzender der Bezirksentwicklungskommission